

# GRASSIEREND

Zeitung der GRAS Salzburg

salzburg.gras.at

Januar 2010

## UniBrennt und ÖH sichern 2 Millionen Euro für Salzburgs Studierende

*34 Millionen Euro für Österreichs Universitäten – wer im Herbst vergangenen Jahres, zur Hochphase der studentischen Protestbewegung „UniBrennt“, diese Zusagen von Wissenschaftsminister Hahn hörte, mag sich anfangs noch über Hahns unerwartete Großzügigkeit gewundert, vielleicht sogar über seinen Gesundheitszustand gesorgt haben.*

Zumindest, bis sich herumsprach, dass diese 34 Mio. nur ein Viertel jenes Betrags in der Höhe von 2% des Hochschulbudgets sind, den das Ministerium den Unis auf Basis der Universitätsgesetz-Novelle 09 vorenthält. Aber gut, ein Viertel von 2%, die den Unis ohnehin zustehen würden, ist auch nicht gar Nichts...

Die Uni Salzburg bekommt 2 Mio. Euro aus dieser „Notfallreserve“. Der bundesweite Verteilungsschlüssel basiert auf der Anzahl an Studierenden an einer Uni, sowie des jeweiligen Zuwachses an Studierenden im Jahr 2009. Wofür wird dieses Geld nun ausgegeben? Das haben die ÖH Salzburg und das Rektorat in den letzten Wochen verhandelt:

Einführung der Sommer- und Winteruni: die GRAS forderte schon bei der ÖH Wahl 2009, dass jeden September und Februar Lehrveranstaltungen in geblockter Form abgehalten werden sollen. Wenn Studierende in Lehrveranstaltungen, die für den Studiumsfortschritt bzw. -abschluss zwingend vorgeschrieben sind, negativ abschneiden, verlieren sie derzeit oft ein oder mehrere Semester. Andere Studierende wiederum schaffen es aufgrund von Engpässen im Studierplatzangebot gar nicht in

diese Kurse. Durch die Sommer- und Winteruni wird es möglich, eine Verzögerung der Studienzeit zu vermeiden. Für berufstätige Studierende ist der Besuch geblockter Lehrveranstaltungen besonders attraktiv.

Ein zweiter Erfolg ist die Ausweitung der Öffnungszeiten der Uni-Bibliotheken für eine



einjährige Probephase, mit Beginn 1. März. Die Protestbewegung „UniBrennt-Salzburg“ hat sich massiv für diese Maßnahme eingesetzt und in Gesprächen mit dem Rektorat erheblichen Druck ausgeübt. Die GRAS-geführte ÖH Salzburg hat jetzt erreicht, dass die Studierenden bei der Erhebung der Nutzung der längeren Öffnungszeiten eingebunden werden. Auch bei der Erarbeitung eines langfristigen Modells jenseits der einjährigen Testphase können die Studierenden mitbestimmen.

Neben anderen Punkten wurde vereinbart, dass massive Investitionen in die räumliche und technische Infrastruktur getätigt werden.

Das Spektrum reicht von besserer Laborausstattung für die NaWi über flächendeckendes W-LAN bis hin zu einer schöneren Gestaltung der Aufenthaltsräume und Dachterrassen. Damit werden die individuellen und Gruppenarbeitsplätze an der Uni ansprechender. Die konsumfreien Zonen werden attraktiver.

Als GRAS waren wir in Form des ÖH-Vorsitzes, des Bildungspolitischen Referats und des Organisationsreferats an den Verhandlungen mit dem Rektorat beteiligt. Umso mehr freuen wir uns, dass wir nach weniger als einem Jahr in der ÖH Salzburg unsere Forderungen nach einer Sommer und Winteruni und nach schöneren Aufenthaltsmöglichkeiten an der Uni umsetzen konnten. *KMD*

### Termine

- **29. Januar: Demo gegen den rechtsextremen WKR-Ball in Wien**
- **6. Februar: Großdemonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München**
- **6. Februar: Kundgebung gegen AbtreibungsgegnerInnen vorm LKH (Müllnerseite) 10-11h**
- **13./14. März: Seminar der Jungen Linken zu Kapitalismus- und Staatskritik. Anmeldung [gesellschaft@oeh-salzburg.at](mailto:gesellschaft@oeh-salzburg.at)**



Impressum:  
GRAS - Grüne & alternative  
StudentInnen Salzburg  
Haydenstraße 2/1, 5020 Salzburg  
salzburg@gras.at  
salzburg.eras.at

# Kopenhagen: Ein demokratiepolitisches Desaster

*Seit dem ersten Weltklimagipfel in Rio im Jahr 1992 will man die CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren. 1997 wurde in Kyoto eine noch höhere Reduktion beschlossen. Seither wird immer von Reduktion gesprochen. Da die Regierungschefinnen- und chefs sich wieder einmal nicht einigen können, versucht die Zivilgesellschaft sich des Themas anzunehmen und wird mit Polizeiaufgebot und massiven Einschränkungen der Pressefreiheit niedergeschlagen.*

## Kompromissfindung unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Vom 7. – 12. Dezember 2009 traten in Kopenhagen wichtige VertreterInnen (der Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer) zusammen um einen völkerrechtlich verbindlichen Nachfolgevertrag für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll auszuhandeln.

Nach intensiven Auseinandersetzungen während der Verhandlungsgespräche und teils chaotischen Verhandlungsbedingungen endete die Weltklimakonferenz mit einem Minimalkonsens der vorsieht, die Erderwärmung auf weniger als 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Über den neu gegründeten „Copenhagen Green Climate Fond“ sollen den vom Klimawandel betroffenen Staaten im Zeitraum 2010 bis 2012 bis zu 30 Mrd. \$ pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Bis 2020 soll diese Summe auf rund 100 Mrd. \$ pro Jahr steigen.

Beim Abschlussdokument, dem so genannten „Copenhagen Accord“, handelt es sich lediglich um eine politische Absichtserklärung, die keine konkreten Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels enthält. Vom Vorschlag der EU, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 20% reduzieren zu wollen, ist dieser mühsam ausgehandelte Kompromiss Lichtjahre entfernt.

„Es müssen jetzt Zahlen auf den Tisch“, äußerte sich der deutsche Umweltminister Norbert Roettgen.

Ein neuer Klimavertrag macht nämlich nur dann Sinn, wenn er auch bindende Ziele enthält. Sich immer wieder auf neue Zielsetzungen zu einigen ist zwecklos.

Yvo de Boer, Generalsekretär der UN-Klimarahmenkonventionen (UNFCCC), bezeichnete die Abschlusserklärung als „rechtlich recht unpräzise“ und betonte gleichzeitig, dass sie erst in etwas „echtes und überprüfbares“ umgewandelt werden müsse.

Für das Scheitern des Klimawandels haben sich sowohl die G77-Gruppe der 130 Entwicklungsländer als auch die Industrienationen gegenseitig verantwortlich gemacht. Zudem liefen die Schlussverhandlungen in einem kleinen Kreis von 25 bzw. 5 Ländern hinter verschlossenen Türen ab.

Die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Länder mussten dabei tatenlos zusehen, wie mit gegenseitiger Blockadehaltung auf einen Minimalkonsens hin gearbeitet wird, der vor allem den Industrieländern entgegen-



kommt, da sie sich dadurch erfolgreich ihrer politischen Verantwortung als Hauptverursacher des Klimawandels entziehen konnten. Außerdem wurden zahlreiche NGOs von den Verhandlungen ausgeschlossen und die Berichterstattung der Medien immer stärker eingeschränkt. So durften sich JournalistInnen seit dem 17. Dezember im Konferenzzentrum nicht mehr frei bewegen und TV-Aufnahmen nur unter Aufsicht von UN-Verantwortlichen stattfinden.

Auf Grund dieses demokratiepolitischen Fiaskos machte sich bei den AktivistInnen NGOs und vor allem bei den rund 100.000 DemonstrantInnen immer größere Wut breit.

## Repressionen gegen DemonstrantInnen

Zahlreiche UmweltaktivistInnen und DemonstrantInnen hatten während der Vertrags-

verhandlungen ihre Zelte vor dem „Bellacenter“ in Kopenhagen aufgeschlagen. Sie wollten solange bleiben, bis ein Vertragstext mit verbindlichen Vorgaben zustande gekommen ist. Da eine immer größere Anzahl von BeobachterInnen, NGOs und VertreterInnen der Entwicklungsländer von den Verhandlungen ausgeschlossen wurde, hatte man mit dem „COP15“ ein alternatives Konferenzzentrum in Kopenhagen errichtet.

Die Sicherheitsvorkehrungen und Einschränkungen des Demonstrationsrechts sowie die Proteste im Umfeld der Klimakonferenz führten zum bisher größten Polizeieinsatz der dänischen Geschichte.

Kurz vor Ende der Verhandlungen eskalierte die Situation: Tausende UmweltschützerInnen, NGO-AktivistInnen und VertreterInnen der Zi-

vilgesellschaft wollten für ein neues Klimaabkommen demonstrieren. Bevor man überhaupt in die Nähe des Konferenzzentrums gelangte, wurde der Protestmarsch von einem massiven Polizeiaufgebot, teils unter Gewaltanwendung, gestoppt. Die Polizei setzte Schlagstöcke, Wasserwerfer und Pfefferspray gegen die vorwiegend friedlichen DemonstrantInnen ein. Auf Grund des harten Vorgehens der Polizei kam es zu mehreren leicht- bis Schwerverletzten. Sogar eine Gruppe von ORF-ReporterInnen ist Opfer der massiven Polizeiübergriffe geworden, wobei ein Reporter leicht verletzt wurde.

Insgesamt fanden bis zu 2000 Festnahmen unter den DemonstrantInnen statt. Vor ihrer Überführung in ein provisorisches Gefängnis in Valby mussten einige DemonstrantInnen bis zu vier Stunden gefesselt auf dem eisigen Asphalt sitzen, ehe sie zum Massen-Arrest abtransportiert wurden. Nachdem das resolute

Eingreifen der Polizei von SprecherInnen der DemonstrantInnen als zu hart kritisiert wurde, entschuldigte sich Polizeisprecher Per Larsen öffentlich. Die harte Vorgehensweise rechtfertigte er mit dem teils „aggressiven Vorgehen gewaltbereiter linksradikaler DemonstrantInnen“. Dass bei den Übergriffen nicht zwi-

schen friedlichen und gewaltbereiten DemonstrantInnen unterschieden wurde, erwähnte er nicht.

Der Ausschluss wichtiger VertreterInnen der Zivilgesellschaft und das äußerst brutale Vorgehen gegen die DemonstrantInnen sind ein

Armutszeugnis für die Verantwortlichen der Klimakonferenz. Wenn sich die Folgen des Klimawandels in den betroffenen Ländern weiter verschärfen werden Massenproteste und Aufstände dort an der Tagesordnung stehen. Doch anstatt sofort zu handeln, wartet man lieber ab und erstickt etwaige Kritiken im Keim. AA

## Schaffst du die STEPs?

*Seit Ministerin Liesl Gehrler zählen Zugangsbeschränkungen unterschiedlichster Art zum politischen Arsenal des ÖVP-Wissenschaftsministeriums. Seit 1. Oktober 2009 ist die Novelle des Universitätsgesetzes in Kraft. Neben der krassen Beschränkung des freien Zugangs zu Master- und Doktorstudien sollen verschärfte Zugangsbeschränkungen für alle Bachelorstudien in Österreich eingeführt werden.*

Die sog. „Studieneingangsphasen“ (STEPs) sehen verpflichtende Prüfungen in den ersten 1-2 Semestern eines jeden BA-Studiums vor. Ohne deren erfolgreiche Absolvierung kann das Studium nicht fortgesetzt werden. Laut Ministerium sollen die Studierenden so einen besseren Überblick über die Inhalte ihres Studiums gewinnen. Damit soll den StudienanfängerInnen die richtige Studienwahl erleichtert und die Drop-Out-Quoten reduziert werden.

### Eine schwarze Mogelpackung?

Paradoxerweise müssen sich die Studierenden jedoch zuerst für ein Studium inskri-

bieren, um dann in die Orientierungsphase einzusteigen. Falls sich eine Studienwahl als unglücklich entpuppt, muss im neuen Studium wieder von vorne angefangen und eine zweite Orientierungsphase überwunden werden. Die absolvierten Lehrveranstaltungen der ersten STEP können im neuen Studium meist nicht angerechnet werden. Die zeitlichen Fristen für den Bezug von Familien- und Studienbeihilfe nehmen auf die verlorenen 2 Semester keine Rücksicht. Auch die Studienbeitragspflicht rückt ein Jahr näher! Eine wirkliche Orientierungsphase sieht anders aus.

### Orientierung statt StudienAUSgangsphasen!

Die GRAS fordert daher die Einführung einheitlicher Studieneingangsphase für verwandte Studienrichtungen, wie z.B. alle Gesellschaftswissenschaften. Wer sich dann nach 2 Semestern für einen Studiumswechsel entscheidet, könnte im neuen Studium fortsetzen, ohne die STEP wiederholen zu müssen. Bei einem Wechsel zu inhaltlich stark unterschiedlichen Studien sollten die Kurse zumindest als freie

Wahlfächer angerechnet werden können. Dieses Modell würde zudem den interdisziplinären Charakter der Bachelorstudien erhöhen.

Die GRAS setzt sich in der ÖH für die Implementierung dieses Modells an der Uni Salzburg ein. Das Vorsitzteam und das Bildungspolitische Referate führen Verhandlungen mit dem Rektorat und vernetzen sich mit Studienvertretungen, um auf allen Ebenen für die Entschärfung der STEPs und deren Umwandlung in wirkliche Orientierungsphasen zu kämpfen!  
KMD



## Schon mal was gehört von: Recht auf drei Prüfungstermine?

*Mit deinen Pflichten kennst du dich sicher gut genug aus. Wann du dich für eine Vorlesungsprüfung anzumelden hast zum Beispiel. Doch kennst du auch deine Rechte zum Thema Vorlesungen?*

Vorlesungen sind Lehrveranstaltungen ohne immanenten Prüfungscharakter. Das bedeutet dass du an den Terminen nicht anwesend sein musst. Das bedeutet aber auch, dass der/die LehrveranstalterIn auf Literatur verweisen muss, die es dir ermöglicht die Prüfung erfolgreich zu bestehen.

Die Benotung einer Vorlesung erfolgt durch genau eine Prüfung. Es darf also keine Zwischenprüfungen o.ä. geben. Du hast auch An-



recht auf drei Prüfungstermine pro Semester. Diese haben zu Anfang, der Mitte und am Ende des Semesters stattzufinden.

Du kannst vier mal zu einer Prüfung antreten. Die vierte Prüfung muss vor einer Kommission (d.h. vor drei Lehrenden) erfolgen. Besteht du auch beim vierten Antritt nicht, bist du an deiner Uni für deine Studienrichtung gesperrt.

Wichtig zu wissen: Vier Wochen nach der Prüfung muss deine Note feststehen!

Wenn du Fragen zu diesem Themen oder Probleme mit Lehrenden hast: Melde dich bei deiner Studienrichtungsververtretung, bei der ÖH oder wende dich an [salzburg@gras.at](mailto:salzburg@gras.at). SE

# Asylgesetz neu - Asylrecht kaputt

*Es ist wesentlich einfacher Feindbilder zu erzeugen als sich Themen realistisch und objektiv zu stellen. Nationalismus als Nährboden für Fremdenfeindlichkeit und Schubladisierung von AsylwerberInnen.*

Das neue mit 01.01.2010 in Kraft getretene Asylgesetz bringt wesentliche Verschärfungen und Restriktionen mit sich. Dafür Hauptverantwortlich zeigt sich die ÖVP-Innenministerin Maria Fekter. Maria Fekter besticht durch ihre häufigen verbalen Ausrutscher die vor allem auf eine Kriminalisierung von Flüchtlingen zielen. Wie üblich war die SPÖ nicht willens rechtskonservatives Gedankengut in Frage zu stellen und stimmte für das neue Gesetz. Das Hauptaugenmerk der Veränderungen liegt in der weiteren Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Einführung einer Meldepflicht unter ständiger Androhung von Schubhaft. Weiters wurden Instrumente geschaffen um eine noch größere Anzahl von Flüchtlingen vorbeugend in Schubhaft zu nehmen.

Für den Alltag einer AsylwerberIn hat das folgende Auswirkungen: Ein Wochendbesuch bei Verwandten außerhalb des Meldebezirks - Schubhaft. Keine Lust auf im 48-Stunden-Takt statt findende Demütigungen durch die Fremdenpolizei - Schubhaft. Eine Anklage ohne rechtskräftige Verurteilung - Schubhaft.

Der Unmut über die unmenschliche Novellierung des Gesetzes ließ nicht lange auf sich warten. Etliche Institutionen, u.a. Amnesty International, Diakonie Österreich, Österreichisches Rotes Kreuz, Volkshilfe, UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) und viele mehr, gaben vernichtende Stellungnahmen.

„Amnesty International drückt seine Besorgnis darüber aus, dass der Aufbau und die Formulierungen der Novelle und insbe-

sondere auch der ‚Erläuternden Bemerkungen‘ geeignet sind, fremdenfeindliche und rassistische Haltungen in der Bevölkerung wie auch bei den vollziehenden Behörden zu erzeugen bzw. zu verstärken. Die vorgesehen gesetzlichen Bestimmungen und die darauf bezugnehmenden ‚Erläuternden Bemerkungen‘ nehmen in auffallendem Ausmaß Pauschalverdächtigungen von Fremden vor. Hervorzuheben sind weiters die Allgegenwart eines Missbrauchsverdachtes durch Fremde, die mannigfachen, überschießenden Strafmaßnahmen und die zahlreichen Querver-



bindungen zum Strafrecht. Dadurch tritt der eigentliche Zweck des Gesetzes, nämlich der Schutz von schutzbedürftigen Personen völlig in den Hintergrund.“ (Amnesty International).

„Der vorliegende Novellenentwurf zeigt sich offensichtlich von wenig fundierten und undifferenzierten, dafür umso populistischeren Zurufen beeindruckt und riskiert damit, dass der eigentliche und einzige Zweck des Asylrechts in den Hintergrund gedrängt wird, nämlich Sicherheit für, sowie Aufnahme und Schutz von Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit, ihrer religiösen oder politischen Überzeugungen oder ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe in ihrem Heimatland verfolgt werden bzw. denen eine solche Verfolgung droht.“ (Österreichisches Rotes Kreuz).

Die öffentlichen Diskussionen in Österreich zum Thema Migration drehen sich seit Jahren um „Asylmissbrauch“, „Kriminalität“ und „Überfremdung“. Diese von allen Fakten abgehobene Diskussion kann nur zu einer erhöhten Fremdenfeindlichkeit führen! Stattdessen sollte sich der österreichische Staat um seine Verpflichtungen kümmern: den Schutz von Asylsuchenden.

Ein Aspekt wird vollkommen außer Acht gelassen: die Gründe für Migration. Sie können beispielweise aus politischer und

religiöser Verfolgung bestehen. Klimawandel sowie ökologische und soziale Ausbeutung sind weitere Gründe zu migrieren. Es ist notwendig zu betrachten, inwiefern Österreich durch seine Wirtschaftsweise und Außenpolitik zur Ausbeutung beiträgt.

Der ausbleibende Aufschrei der Bevölkerung bei der Einführung solcher menschenfeindlicher Gesetze zeigt, dass es keine Hoffnung auf Bestrafung von ÖVP und SPÖ bei den Wahlurnen geben wird. Solange die Bevölkerung fremdenfeindliche Gesetze uninteressiert bis wohlwollend hinnimmt werden Verschärfungen folgen! Es braucht Aktionen gegen institutionellen Rassismus und aktive Bewusstseinsbildung! SE&CS

## Wir, die GRAS...

sind eine Gruppe von grünen & alternativen StudentInnen die sich nicht nur an der Uni Salzburg engagieren, sondern auch über den universitären Tellerrand blicken. Was uns eint, ist der Wille etwas zu verändern. Wir vertreten die Interessen der StudentInnen und setzen uns für die Verbesserung der Studienbedingungen ein.

Unsere Mittel sind die Mitarbeit in den Gremien der ÖH, sowie der Universität

und der direkte Dialog mit StudentInnen. Aktionismus ist eine weitere Form unserer politischen Arbeit mit der wir Probleme und Misstände unkonventionell aufzeigen. Unsere Themen sind unter anderem:

- Bildungspolitik
- Feminismus
- Gesellschaftspolitik & Soziales
- Migration



- Demokratie & Mitgestaltung
- Ökologie & Nachhaltigkeit

Wenn du bei uns mitmachen möchtest, melde dich am besten bei [salzburg@gras.at](mailto:salzburg@gras.at). Wir freuen uns!